

Aufgrund der Beobachtungen von finanziellen Zwängen wird von zumindest drei Befragten die Frage gestellt, wie „ehrlich“ SchülerInnen, die einem solchen Druck und auch finanziellen Zwängen ausgesetzt sind, ihre Motive zur Erwerbsarbeit angeben bzw. angeben können. Besonders die Schulpsychologische Beratung verweist hier darauf, dass Probleme im „Dunkelbereich“ verbleiben, weil sie öffentlich nicht artikuliert werden können. Da es keine Kultur des Umgangs mit Armut gibt, sei es auch schwer, sich eine finanzielle Zwangslage einzugestehen. Hinzu komme, dass in einigen Kulturen (besonders bei türkischem oder asiatischem Hintergrund) durchaus eine (vor allem für junge Frauen) kulturell begründete Pflicht bestehe, für die Familie zu arbeiten und sie zu unterstützen, dies aber niemals nach außen artikuliert werde. In manchen Fällen hätten die Mädchen bessere Jobs als ihre Mütter, die oftmals arbeitslos seien oder Hilfstätigkeiten verrichten könnten und weniger verdienten. Solche Familiensituationen sind oft mit Scham belegt. Es sei schwer, sich heute selbst Armut einzugestehen; Jugendliche aus armen Familien reduzierten ihre Ansprüche (z.B. auf Urlaub, Kultur usw.), ohne sich dabei als arm zu bezeichnen. Zwar relativiert der befragte Vertreter der Schulpsychologischen Beratung diese Aussage, weil er aufgabenbedingt vor allem von SchülerInnen kontaktiert wird, die Probleme haben; gleichwohl bestätigt sich aus dieser Perspektive nicht das Bild, dass die Erwerbsarbeit während der Schulzeit eine unproblematische Sache sei, die vor allem der eigenen Unabhängigkeit und dem Spaß bei der Arbeit diene.

IV. 2 Einschätzung der Vereinbarkeit von Schule und Arbeit

Unterrichtsbezogene Probleme durch die Erwerbsarbeit werden insbesondere von Seiten der Schulleitungen und LehrerInnen nur vereinzelt wahrgenommen. Hin und wieder kommen Schüler aufgrund ihrer Arbeit zu spät, sind müde oder führen „Verhandlungen über Randstunden“, besonders in den höheren Schulstufen. Vor allem der schulfreie Samstag hat offensichtlich das Vereinbarkeitsproblem zwischen Schule und Arbeit stark reduziert. Vor dessen Einführung, so erinnern sich einige Leitungen, gab es mehr Druck von Seiten der SchülerInnen zur „flexiblen“ Gestaltung des Unterrichts und auch mehr Fehltage.

In einigen wenigen Fällen sei man gezwungen, mit SchülerInnen „ernst“ zu reden, weil durch ihre Arbeit das schulische Fortkommen gefährdet sei. In der Regel wird in diesen Fällen versucht den Betroffenen zu verdeutlichen, dass eine abgeschlossene Ausbildung wichtiger sei als das kurzfristige Geld und „es mit Konsumverzicht wenigstens erst einmal zu versuchen, bis die Abschlussprüfungen bestanden sind“. Ein gewisses Potenzial für Drop-out von SchülerInnen oder – so zumindest beobachtet von Seiten der AHS – für das Wiederholen eines Schuljahres wird demnach gesehen, zumal – nach Ansicht der InterviewpartnerInnen – Leistungsschwächen mit Fehlstunden korrelieren, die zum Teil durch Erwerbsarbeit zustande kämen.

Dabei wird jedoch von nahezu allen Befragten darauf hingewiesen, dass die Problematik der Vereinbarkeit von Schule und Arbeit sehr differenziert betrachtet werden muss. Zum einen wird bei einer Mehrheit von SchülerInnen beobachtet, dass sie keine schulischen Schwierigkeiten durch ihre Erwerbstätigkeit bekommen, wenngleich dabei natürlich auch (geringere) Leistungseinbußen entstehen können. Zum anderen handelt es sich offensichtlich auch bei denjenigen Schülern, die ernste Schwierigkeiten in der Schule bekommen, um multiple Problemlagen. Die Erwerbsarbeit ist dann ein Faktor unter anderen (wie die familiäre Situation, Drogenkonsum oder abgebrochene Beziehungen usw.). Mehrere Befragte weisen darauf hin, dass es eher die Party-Nächte, der damit verbundene Konsum von Alkohol und Drogen und die darauf folgende Müdigkeit oder auch viel Zeit im Zusammenhang mit Computerspielen sind, die der Aufmerksamkeit im Unterricht schaden.